

fen, dass auch die politisch Verantwortlichen der vergangenen Jahre bereit sind, sich kritischen Fragen zu stellen. Wieso bloß meinte die SPD, sich mehr um die Kapitalisierung der Deutschen Bahn AG kümmern zu müssen als um die Belange der Fahrgäste? Beispiele wie der einstmals angestrebte Börsengang der Bahn symbolisieren eine Entfernung der Führung von ihrer Basis und dem Volk.

Kulturelle Hegemonie wiedergewinnen

In den vergangenen Jahren hat die SPD ihre kulturelle Hegemonie verloren. Gerade die politisch-gesellschaftlichen Debatten möge sie doch wieder führen! Man

muss ja kaum mit jedem Halbsatz von Thilo Sarrazins Kritik an der mangelnden Integration übereinstimmen. Aber es ist doch gut, wenn ein Sozialdemokrat eine solche Debatte anstößt. Statt sogleich Parteiausschlüsse zu fordern, sollte die SPD vielmehr einladen. In den vergangenen Jahren haben mit Oskar Lafontaine und Wolfgang Clement die Exponenten von zwei Flügeln die SPD verlassen. Man mag sich über diese beiden alten, eitlen Männer und ihre Ehrpusseligkeiten ärgern. Aber muss es nicht Anliegen der Sozialdemokratie sein, eine solche Bandbreite an politischen Positionen und kantigen Köpfen zu besitzen? Neben der Neugier benötigt die SPD wieder Lust, eine Volks-Partei zu sein. Die Bereitschaft dazu ist der erste Schritt.

Klaus Harpprecht

Sozialdemokratische Pflicht zur Wiederentdeckung Europas

Natürlich sitzt sich's auf den harten Bänken der Opposition nicht so angenehm wie auf den gepolsterten der Regierung. Zum anderen hat der (unfreiwillige) Verzicht auf die Macht seine Vorzüge. Nicht der geringste ist der Gewinn an Freiheit. Es ist keine ängstliche Rücksicht auf den Koalitionspartner (und die Lobby) zu nehmen. Auch die Empfindlichkeiten der Partner in der Europäischen Union, in der Atlantischen Allianz, oder gar die russischen und chinesischen Chefs müssen nicht ganz so zartfühlend geschont werden. Der Oppositionsführer kann lauthals aussprechen, was die Kanzlerin noch nicht einmal flüstern darf. Der Spielraum für die politische Fantasie der Opposition ist – falls sie welche hat – längst nicht so eng begrenzt wie jener der Regierung. Sie kann ihre Themen zum guten Teil wählen, kann ihre Schwerpunkte setzen, kann sich auch



picture-alliance

Klaus Harpprecht

(*1927) ist Mitherausgeber der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, war Redenschreiber und Berater von Willy Brandt. Er ist seit Langem als Journalist für zahlreiche Zeitungen tätig und seit 2007 Mitherausgeber der *Anderen Bibliothek*. Zuletzt erschienen: seine Biografie über Marion Gräfin Dönhoff.

zurücknehmen, kann schweigen (wenn sie nichts zu sagen hat oder, aus taktischen Gründen, nichts sagen will).

Sie kann es der Regierung mit ihren Fragen und Interventionen schwer machen. Niemand wird's ihr verdenken, wenn sie alle möglichen Pop-Register zieht, von denen die Regierung besser die Finger lässt. Sie darf ihren Dünnbrettbohrern erlauben, billige Triumphe zu feiern – vorausgesetzt, dass sie es sich dort schwer macht, wo der Ernst der Lage ihr Gewis-

sen fordert oder wo sie nach den nächsten Wahlen oder nach einer Koalitions-wende die Verantwortung schultern müsste. Also hat sie auch die dicken Bretter zu bohren, an denen sich die Regierung nicht verheben will. Sie muss, sie kann, sie darf sich an Probleme wagen, mit denen sich kaum die Volksgunst herbeizaubern lässt.

Brüssel zum Horrorwort degeneriert

Zum Beispiel Europa. Das Hamburger Programm hat die Aufgabe der Integration vorbildlich formuliert. Aber im öffentlichen Gespräch der Genossen kommt Europa kaum vor: nicht in der Dresdener Rede des neuen Parteivorsitzenden, nicht einmal in der Erklärung des Fraktionsvorsitzenden Steinmeier, der als Außenminister europäische Erfahrungen genug gesammelt und überdies (oder trotzdem) ein überzeugter Europäer ist. Wir können Hartz XIII von hinten nach vorn aufsagen, und wir kennen uns am Hindukusch besser aus als im Allgäu. Aber Europa? Brüssel ist zum Horrorwort degeneriert. Zu Unrecht. Zwar übertreiben es die Bediensteten der Union gelegentlich mit dem Verordnungs-wahn. Aber mehr als zwei Drittel ihrer Dekrete werden auf Antrag eines Mitgliedslandes, wenn nicht eines Bündels von Staaten erlassen. Die Nationalregierungen (und die der Länder) trieben es schlimmer: Ein Blick auf die gut 1.500 Bauvorschriften in der Bundesrepublik Deutschland genügt. Brüssel hat mit diesem teuren Irrsinn nichts zu schaffen.

Das sagen uns die Staatsleute und Volksvertreter nicht. Es ist einfacher, den dicken Zeigefinger protestierend in Richtung Brüssel zu schütteln – neuerdings ist auch der gescheite Enzensberger mit von der Protestpartie, der auf seine älteren Tage anfängt, es sich zu leicht zu machen und der – in der Regel von ihm verachteten – Masse nachzuschwätzen. Die EU-

Kritiker verkünden geräuschvoll, dass die Deutschen mehr und mehr in die EU-Kassen einzahlen, und ihre Empörung wird von den Medien kräftig angeheizt, doch sie erinnern uns niemals daran, dass die Bundesrepublik Deutschland seit eh' und je die große Gewinnerin des volkreichsten Binnenmarktes auf dieser Erde ist – erfolgreich, selbst jetzt in der abklingenden Krise, nicht trotz, sondern wegen Europa. Im Jahre 2007 exportierten wir (einstigen) Weltmeister um 20 Milliarden Euro mehr ins Nachbarland Frankreich als in die Vereinigten Staaten, nach Russland und nach China jeweils acht bis neun Milliarden weniger als nach Polen.

Welcher prominente Sozialdemokrat macht sich die Mühe, diese Fakten in die deutschen Köpfe zu walken, fragte man sich noch bis vor Kurzem. Martin Schulz, seit Dresden nun Beauftragter des SPD-Parteivorstandes für die Europäische Union, hat also eine wichtige und schwere Aufgabe übernommen – es war dafür höchste Zeit.

Das Abstraktum Brüssel braucht Namen und Gesichter

Der Vertrag von Lissabon, der fürs erste die Verfassung ersetzt, schreibt eine stärkere Mitwirkung der nationalen Parlamente an der Brüsseler Gesetzgebung vor. Warum bemächtigt sich die Opposition nicht dieser Forderung und beantragt, dass der Bundestag wenigstens einmal pro Monat, am besten einmal in jeder Sitzungswoche, eine »Europa-Stunde« absolviert, in der nicht nur die zuständigen Berliner Minister und Staatssekretäre, sondern auch die Brüsseler Kommissare Rede und Antwort stehen? Ohnedies ist das Interesse an den Menschen, die europäisches Schicksal spielen dürfen, in jüngster Zeit fast sprunghaft gewachsen. Seit die Kandidaten für die Kommission eine Anhörung durch das Europäische Parlament zu bestehen haben, übersetzt sich das

Abstraktum Brüssel in Namen und Gesichter. Mehr als eine nominierte Anwärtin und mehr als ein Bewerber haben die Prüfung nicht bestanden. (Man wünschte sich dieses Verfahren übrigens auch für die Bundesminister.)

Mit lachendem Entsetzen hatten wir Gelegenheit, einer pidgin-angelsächsisch-schwäbischen Rede unseres Kandidaten für das Amt des Energie-Kommissars zu lauschen: Günther H. Oettinger, der abgehaltene Ministerpräsident von Baden-Württemberg, gab vor einem Wirtschaftsgremium in Berlin eine kabarettreife Vorstellung von der Eigentümlichkeit eines Idioms, das in der Stuttgarter Vorstadt als Englisch gelten mag. Die Briten und die Amerikaner im Publikum verstanden kein Wort. Sie versäumten nicht allzu viel. Aber gäbe es die »Europa-Stunde« des Bundestages, dürfte die Opposition von der Kanzlerin Auskunft verlangen, ob es sich die Bundesrepublik leisten könne, Brüssel als eine Entsorgungsstation für gestrauchelte Politiker zu betrachten, mit denen man zuhause nichts anzufangen weiß, doch die womöglich Ärger machen, wenn sie nicht mit einem netten Pöstchen abgefunden werden. Die Franzosen wissen genau genug, warum sie (nicht immer) ihre besten Köpfe in die europäischen Gremien schicken. Darin gibt sich nicht ein (flüchtig getarntes) nationales Interesse zu erkennen, sondern vor allem der Respekt vor dem Rang, den die europäischen Institutionen in unserer politischen, sozialen, kulturellen Existenz besetzen.

Die Opposition könnte und müsste die Europa-Stunde nutzen, um die eigene Regierung, zumal aber Kommission und Parlament der Union auf drängende Fragen und auf böse Versäumnisse aufmerksam zu machen. Zum Beispiel: Geht es an, dass der Regierungschef einer großen Demokratie nahezu sämtliche elektronischen Medien seines Landes kontrolliert? Sollte es keine vertraglich-gesetzlichen Handhaben geben, die dem EU-Präsidenten,

dem Ministerrat oder der Kommission eine Intervention erlauben, um dem Skandal ein Ende zu machen? Müsste dann nicht wenigstens das Europäische Parlament einen geharnischten Protest nach Rom schicken? Wäre das nicht auch eine kostbare Gelegenheit, eine unbeschränkte Mitwirkung des Parlamentes an der Gesetzgebung zu verlangen, die das Initiativrecht einschlossen? Sollte die Sozialdemokratie nicht auf eine härtere Einmischung Brüssels in den unglückseligen Sprachenstreit zwischen Ungarn und der Slowakei drängen? Haben wir nicht schmerzlich genug erfahren, dass die sogenannten Volkstumskonflikte zur hysterischen Massenbewegung und damit zu einer realen Gefährdung des Friedens hochgepuscht werden können? Muss die fatale Glut nicht so entschlossen wie möglich ausgetreten werden, ob im spanischen Baskenland oder im europäischen Osten?

Stolz, Europäer zu sein

Zwei Jahrzehnte Freiheit mögen zu kurz sein, um die Energien unausgereifter Nationalismen erlöschen zu lassen. Umso härter muss Brüssel zur Ordnung rufen – wenn es nicht anders geht, mit der Androhung schmerzhafter Sanktionen. Der sozialdemokratischen Opposition fällt hier ein natürliches Wächteramt zu. Sie hat die Freiheit, über die Möglichkeiten einer Revision und einer Ergänzung des Vertrages von Lissabon nachzudenken. Die Erweiterung der Union zur Mitgliedschaft von 27 Staaten – es mögen sich noch drei oder vier dazugesellen – stellt uns früher oder später vor die Notwendigkeit, strikte Regeln für den Ausschluss eines Landes zu formulieren. Dies förderte das Bewusstsein, dass es ein Privileg ist, der Europäischen Union anzugehören: mehr Anlass zu einem Hauch von Stolz, der den Nationalstaaten längst nicht mehr zusteht, keinem!